Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 113 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 5000.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Montag, den 11. Juni 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 100.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 250.— Mk., Offerten-Besorgung und Auskunft 200.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutschen Parteien sind mit der Reparationsnote im allgemeinen einverstanden. Die Deutschnationalen äußern schwere Bedenken, wollen aber nicht in die Opposition gehen.

* Die neue deutsche Note findet in London eine verständnisvolle Würdigung, wird jedoch in Paris vom größten Teil der Presse abgelehnt.

* Die Franzosen haben im Besatzungsgebiet neue Massenausweisungen vorgenommen und neue schwere Gefängnisurteile ausgesprochen.

* Die Reichstagsausschüsse haben eine Erhöhung der Sätze in der Rentnerfürsorge und in der Wochenfürsorge beschlossen.

* Auf dem Flugplatz Dayton ist das größte Militärluftschiff der Vereinigten Staaten während eines Unwetters verbrannt.

Der Blutzoll.

Die neue Denkschrift Deutschlands zur Reparationsfrage werden die einen mit der Schlußbemerkung gelesen haben, daß sie kurz sei und ganz anders aussehe, als man erwartete. Die andern aber, besser befähigt, die ganze tragische Bedeutung dieses Dokuments zu erfassen, werden z. B. das Zugeständnis, unseren Feinden „auf Anforderung vollen Einblick in die staatliche Finanzgebarung zu gewähren", als einen Verzicht von größter Tragweite betrachtet und tief bedrückt gesagt haben, die Hand des Schicksals liege schwer auf dem deutschen Volk. Denn dieses kurze, aber auch so inhaltsreiche Schriftstück enthüllt seine ganze Bedeutung sofort, sobald man sich nur einmal überlegt, welch weittragende wirtschaftliche Folgen es für jeden Deutschen, er sei reich oder arm, Industrieller oder Arbeiter, haben wird, wenn es nur so zur Durchführung käme, wie es vorliegt. Und unsere Gegner scheinen noch die Meinung zu haben, daß es ihren Wünschen noch immer nicht entspricht.

Der Inhalt läßt sich in seinen wesentlichen Punkten folgendermaßen zusammenfassen: Die Reichsregierung bietet den Gegnern für eine im Interesse weiterer Verhandlungen nicht näher bezeichnete Zahl von Jahren Jahresleistungen in der ungefähren Höhe von zunächst 1,2 und später 1,5 Milliarden an. Zu diesem Ziele wird der gesamte Materialbesitz der Reichseisenbahn, ferner der gesamte Privatbesitz auf deutschem Grund und Boden und werden drittens die Zölle und Steuern auf Tabak, Bier, Wein, Zucker, Alkohol in einer Gesamthöhe von 30 Milliarden den Alliierten zur Sicherstellung ihrer Forderungen an Deutschland als Pfand angeboten, d. h. also, daß diese gewaltige Summe nicht etwa sofort in bar aufgebracht werden muß, denn dergleichen wäre ja einfach unmöglich. Vielmehr soll auf die Eisenbahn und auf den Privatbesitz je eine Hypothek in Höhe von 10 Milliarden Goldmark gelegt werden, die mit 5 % zu verzinsen sind. Das ergibt also hier wie dort je 500 Millionen Goldmark, zusammen 1 Milliarde, gleich dem Hauptteil der jährlichen Jahresleistung. Der Rest soll aus den Erträgen der Zölle und Steuern aufgebracht werden. Um aber noch klarer zu sein: Um den Zinsendienst für die Hypothek auf den Grundbesitz zu garantieren, wird auf jedes Grundstück, landwirtschaftliche Gut, auf jede Fabrikanlage, jeden gewerblichen Betrieb eine erste Sonderhypothek eingetragen, für die der Besitzer Jahr für Jahr an das Reich 5 % Zinsen abzuführen hat. Zur Vereinfachung des Verfahrens und im Interesse einer höheren Gerechtigkeit geht man allerdings mit dem Plan um, die 500 Millionen Goldmark aus dem privaten Besitz auf dem Wege einer allgemeinen Vermögenssteuer zu beschaffen. Bei der Eisenbahn wird die Hypothek von 10 Milliarden durch Begebung von Obligationen mobilisiert, die ebenfalls mit 5 % zu verzinsen sind.

Wenn man also genauer hinsieht, so ergibt sich, daß die Gegner erklärt haben, der internationale Geldmarkt sei nicht willens, dem kreditunwürdigen Deutschland Anleihen in der nötigen riesigen Höhe zu gewähren. Das ausgepowerte, aus tausend Wunden blutende deutsche Volk hat sich also durch den Mund seiner Regierung jetzt bereit erklärt, diese Anleihe im Innern aufzulegen und zur Herbeischaffung der gewaltigen Beträge auf den Besitz wie auf die Arbeitskraft jedes einzelnen Deutschen einen die letzten Kräfte aufzehrenden Blutzoll zu legen.

Denn wie werden sich, wenn Herr Poincaré überhaupt gnädig genug ist, dieses in aller Geschichte nie dagewesene Angebot zu akzeptieren, die Folgen für jeden einzelnen von uns auswirken? Sie werden nicht über Nacht eintreten. Wenn z. B. die Belastung des industriellen und des Grundbesitzes sowie von Handel und Gewerbe in Gestalt einer neuen Vermögenssteuer abgebürdet werden soll, dann macht das entsprechende parlamentarische Vorarbeiten nötig. Aber man denke z. B. an die Entwicklung im städtischen Wohnwesen. Wenn dieser Teil des deutschen Grundbesitzes, der heute unter der Zwangswirtschaft ertraglos ist, Hypothekenzinsen zahlen soll, so muß man ihm die entsprechenden Einnahmen sichern. Das bedeutet also die Wiedereinführung der freien Wirtschaft und die Steigerung der Mieten. Das bedeutet weiter, wie von anderer Seite bereits berechnet worden ist, daß künftig jeder einzelne nicht, wie heute, 1 bis 2 %, sondern annähernd wie im Frieden 20 % seines Einkommens für seine Wohnung aufwenden muß. Also werden entsprechend auch die Einnahmen gesteigert werden müssen. Und die Eisenbahn? Hier hat ein Kundiger berechnet, daß eine Eisenbahnfahrt von Hamburg nach Berlin 3. Klasse, die im Frieden 10 Mark und heute 16 400 Mark kostet, bei einem Dollarkurs von 80 000 (zu dem aber kaum stabilisiert werden dürfte) nicht weniger als 200 000 Mark kosten würde. Denn auch die Eisenbahn soll ja verzinsen, und das Mittel dazu sind selbstverständlich Tariferhöhungen.

Auch diejenigen, die zunächst das Zeitungsblatt mit dem Memorandum ziemlich achtlos beiseite gelegt haben, können wohl an der Hand des Vorstehenden nunmehr ungefähr erkennen, was es bedeutet. Hier liegt die Bürgschaft des Deutschen Reiches dafür vor, daß jeder, der heute in den Grenzen des Reiches lebt, von Staats wegen und um des Lebens des Staates willen, ganz besonders zur Reparationsleistung herangezogen werden soll. Nur, wer Gelegenheit hat, ins Ausland zu kommen, weiß, wie tief unsere Lebenshaltung schon heute gesunken ist. Wir sind die Proletarier Europas geworden, und doch haben wir bisher auch nicht andeutungsweise geahnt, was die Zukunft noch für uns vorbereitet. Clemenceau sprach einst das Wort von den 20 Millionen Deutschen, die zuviel vorhanden seien. Das verkrüppelte und ausgesogene verarmte Reich wird, wenn alle diese Dinge Wahrheit werden, außerstande sein, alle seine Söhne zu ernähren, und viele werden gezwungen werden, außerhalb des Landes Existenz und Unterkunft zu suchen, und die Zurückbleibenden werden sich darauf einstellen müssen, daß sie bisher noch ein verhältnismäßig gutes Dasein führten, und daß die ganze Tragik des verlorenen Krieges erst noch über uns kommt. Aber, um kein Mißverständnis obwalten zu lassen: Dem wird so sein, ob Herr Poincaré nun ja oder nein sagt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die neue Brotversorgung.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschloß, daß zur Sicherstellung der Versorgung im Wirtschaftsjahr 1923-24 eine Million Tonnen Brotgetreide zu werben ist, während die Regierung 3½ Millionen gewünscht hatte. Die öffentliche Brotversorgung fällt mit dem 15. September fort. Die Reichsregierung kann sie aber mit Zustimmung des Reichsrates ganz oder teilweise bis zum 15. Oktober fortsetzen. Die Verwaltungsabteilung der Reichsgetreidestelle wird am 31. Dezember aufgelöst.

Höhere Erwerbslosenunterstützung.

Der Reichsrat hat dem Entwurf einer Verordnung über Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge zugestimmt. Die Sätze werden mit Rücksicht auf die Geldentwertung erhöht und sollen in der neuen Höhe sofort zur Auszahlung gebracht werden.

Verlängerung des alten Weinsteuergesetzes.

Der Steuerausschuß des Reichstages setzte das neue Weinsteuergesetz von der Tagesordnung ab und beschloß dagegen, die Geltung des bisherigen Weinsteuergesetzes mit Rücksicht auf die besetzten Gebiete bis zum 1. April 1924 zu verlängern.

Bevorstehende Steuererhöhungen.

Auf Grund der Reichstagsrede des Reichsfinanzministers Dr. Hermes ist mit einer neuen Steuerbelastung zu rechnen. Zunächst soll außer der technisch leicht durchführbaren Vervielfachung der Zwangsanleihe eine wesentliche Erhöhung der Verbrauchssteuern durchgeführt werden. Hierüber ist bereits ein Entwurf ausgearbeitet worden, der dem Reichsfinanzminister die Ermächtigung geben soll, von sich aus sämtliche Verbrauchssteuern entsprechend der Geldentwertung von Zeit zu Zeit neu festzusetzen. Bei der Neubesteuerung des Vermögens will man eine neue Wertfestsetzung durchführen, die den gesamten Besitz nach dem heutigen Stande der Papiermark steuerlich erfassen wird.

Neue Sätze in der Wochenfürsorge.

Nach den Beschlüssen der beteiligten Reichstagsausschüsse wird in der Wochenfürsorge der Pauschalbetrag bei Erstattung des Wertes der freien Arztbehandlung sowie bei Entbindungen und Schwangerschaftsbeschwerden von 10 000 Mark auf 50 000 Mark, das Wochengeld von 100 Mark auf 800 Mark und bei Selbstversicherten auf mindestens 1000 Mark und das Stillgeld von 240 Mark auf 1200 Mark bzw. 1500 Mark erhöht. Die Einkommensgrenze in der Wochenfürsorge wurde auf 300 000 und für jedes Kind auf 90 000 Mark erhöht. Die Unterstützung für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung soll für den Mai verdoppelt und ab 1. Juni verdreifacht und für die Kinder und erwerbsunfähige Frauen verfünffacht werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Meldung, wonach Vorauszahlungen an die Beamten und Staatsarbeiter in Höhe von 300 000 Mark pro Kopf geleistet werden sollen, entspricht nicht den Tatsachen. Es ist Vorsorge getroffen, daß die Auszahlung der auf Grund der neuesten Regelung zustehenden Bezüge in kürzester Frist erfolgt.

Berlin. Der hiesige großherzoglich luxemburgische Geschäftsträger Dr. jur. Johann Peter Kirsch ist nach längerem schweren Leiden gestorben.

Madrid. In Marokko dauern die schweren Kämpfe an. Die Spanier behaupten ihre Stellungen nur mit erheblichen Verlusten. Der Kommandant der Fremdenlegion ist gefallen, der Chef der Fliegertruppe schwer verwundet.

Deutscher Reichstag.

(369. Sitzung.) CB. Berlin, 8. Juni.

Der heutige Tag galt der Besprechung der sozialdemokratischen Teuerungsinterpellation.

Zuerst sprach der Abg. Schlack (Zentr.): Es ist unerträglich, daß einzelne Kreise der Wirtschaft aus der jetzigen Notlage noch Vorteile ziehen. Staat und Wirtschaft müssen sich darüber klar sein, daß ein Hungern der Massen den Anfang vom Ende des Vaterlandes bedeutet. Um das zu verhindern, muß die Wirtschaft unter Umständen selbst von ihrer Substanz etwas opfern. In dieser Zeit der schwersten Not müßte der Staatsbürger das Letzte dem Staate geben. Goldlöhne sind undurchführbar. Wenn die Sozialdemokraten in dieser schweren Zeit ihre Parteiinteressen zurückstellen und in die Regierung eintreten würden, so wäre damit die Lösung der schwebenden Fragen erleichtert. Lehnt sie es ab, dann hat sie das Recht der Kritik verwirkt.

Abg. Findeisen (D. Volksp.) bemerkte u. a., daß bei den Hilfsaktionen der Regierung leider zu wenig an den gewerblichen Mittelstand und die Kleinrentner gedacht werde, die ihre furchtbare Not nicht auf der Straße zur Schau tragen. Weiter sprach sich der Redner gegen eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft aus und nannte die Behauptung, die Deutsche Volkspartei sei von Stinnes abhängig, unsinnig.

Abg. Dr. Wienbeck (Deutschnat.): Wir müssen heute Schutz der Arbeit vor dem Staat verlangen. So haben die Erfahrungen mit der Zwangswirtschaft gewirkt. Bei Verordnungen, die den Kleinhandel oder das Handwerk berühren, muß die nötige Verständigung mit diesen Wirtschaftskreisen gesucht werden. Wir protestieren gegen Aufhäusers Behauptung, daß nicht nur die Franzosen, sondern auch die deutschen Kapitalisten an unserem Elend schuld seinen. Das ist eine indirekte Sabotage unseres Ruhrabwehrkampfes.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.): Unser Volk ist in dieser Stunde dem tiefsten Elend preisgegeben durch den Druck seiner Feinde. In dieser Stunde sollten wir uns nicht parteipolitisch zanken. Der Feind steht im wesentlichen nicht innen, sondern außen. Den Erklärungen des Reichsarbeitsministers stimmte der Redner zu. Die Steuerankündigung des Reichsfinanzministers fand er für den Mittelstand schwer belastend. Der Arbeiter sei besser gestellt als der Angehörige des Mittelstandes, der Arbeiter bekommt 40—50 % seines Friedenslohnes. Diese Höhe der Entlohnung habe der Angehörige des Mittelstandes noch lange nicht erreicht.

Abg. Dr. Emminger (Bayer. Volksp.) wies verschiedene Vorwürfe der Sozialdemokraten gegen die Regierung zurück und betonte, daß der Hauptgrund unseres Elends der Friede von Versailles sei. Solange nicht dieser Friede beseitigt sei, bleibe uns nichts anderes übrig, um unsere Wirtschaft zu verbessern, als mehr zu arbeiten und weniger auszugeben.

Abg. Stöcker (Komm.) leitete seine Ausführungen mit der Erklärung ein, die Antworten der Minister beweisen, daß man in den Regierungskreisen keine Ahnung von der großen Not des Volkes habe.

Die weitere Besprechung wurde auf Sonnabend vertagt.

Preußischer Landtag.

(294. Sitzung.) tt. Berlin, 8. Juni.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab heute der Abg. Leinert (Soz.) eine Erklärung ab, die sich gegen kommunistische Angriffe gegen seine Person richteten. In diesen Angriffen wird behauptet, er habe sich als Oberbürgermeister von Hannover dreimal die Personalakten des Abg. Katz vorlegen lassen, der Stadtangestellter in Hannover war. Daher stamme das verleumderische Material gegen den Abg. Katz und die Behauptung, Katz habe sich des Vatermordes schuldig gemacht und sei aus Gründen des § 51 des Strafgesetzbuches freigesprochen worden. Der Redner stellt demgegenüber fest, daß er selbst niemals die Personalakten gesehen habe.

Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des Haushalts des Preußischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten. Dazu nahm das Wort

Ministerpräsident Braun.

Er sprach zunächst dem rheinischen Volke den Dank und die Anerkennung des Vaterlandes für die treue und tapfere Haltung gegenüber den Quälereien der Franzosen aus. Alle gegnerischen Pläne, das Rheinland zu neutralisieren, sind Rechnungen, die ohne den Wirt, d. h. ohne die rheinische Bevölkerung, gemacht werden. Man spricht von einem selbständigen Rheinstaat; dieser soll aber eine interalliierte Kontrollkommission als Obervormund und eine internationale Gendarmerie erhalten, die Rheinländer sollen dauernd unter die polizeiliche, militärische Diktatur Frankreichs und seiner Verbündeten gestellt werden. Eine blutigere Verhöhnung des Grundsatzes von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ist kaum denkbar! Eine Aufgabe der Rheinlande kommt nie und nimmer in Frage. Auch der Gedanke, daß zur Erleichterung der Lösung des Reparationsproblems das Rheinland und seine Bewohner ein Handelsobjekt werden können, kann für die preußische wie für die Reichsregierung nie Gegenstand der Erwägung sein. Hände weg vom Rheinland! Der Rhein und die Rheinländer waren deutsch und werden deutsch bleiben.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde, während die Kommunisten sie durch Zwischenrufe zu stören suchten, immer wieder mit lebhaftem Beifall von den anderen Fraktionen aufgenommen.

Auch der nächste Redner Abg. Haas (Soz.) erklärte es für ein Gebot der Stunde, bei diesem Haushalt die Lebensfrage des deutschen Volkes, die Rhein- und Ruhrfrage zu besprechen. Die vor wenigen Tagen in Brüssel zwischen Frankreich und Belgien stattgehabte Konferenz habe mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß Herr Poincaré kurz vor dem Siege zu stehen glaubt. Da ist es um so notwendiger, hier im preußischen Parlament mit aller Deutlichkeit zu sagen, wie Preußen und Rheinländer darüber denken.

Der Zentrumsabgeordnet Dr. Porsch gab eine Erklärung ab, in der seine Partei feierlich feststellte, daß sie allen Bestrebungen, die staats- oder verwaltungsrechtliche Struktur des Rheinlandes zu ändern, den äußersten Widerstand leisten wird. Nur nackte und brutale Gewalt und rücksichtsloser Terror kann die Ziele Frankreichs verwirklichen.

Der Abg. Wallraf (Deutschn.) gab gleichfalls seiner Freude über die Rede des Ministerpräsidenten und über den bisherigen erhebenden Verlauf der Sitzung Ausdruck. Die Sorge um die Erhaltung unserer staatlichen Existenz gehe über alles.

Für die Deutsche Volkspartei erklärte der Abg. Dr. Heimann: Keine deutsche Reichs- oder Staatsregierung kann Gebietsteile und deren Bevölkerung verkaufen. Fremde Gewalt mag das Rheinland rauben können, aber nie kann sie die deutsche Seele der Rheinländer töten.

Weshalb stürzte die Mark?

CB. Berlin, 8. Juni.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages für die Markstützungsaktion fragte heute der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hertz, ob der Reichsbankpräsident niemals an gesetzgeberische Maßnahmen und Strafandrohungen zum Schutze der Landeswährung gegen Devisenkäufe über den wirtschaftlichen Bedarf des Einzelnen hinaus gedacht habe, wie sie beispielsweise die Tschechoslowakei jetzt durchgeführt hat. Darauf entgegnete Reichsbankpräsident Havenstein, er habe nicht daran gedacht, er habe vielmehr zunächst dem deutschen Volke zum Bewußtsein bringen wollen, daß solche Devisenkäufe der gegenwärtigen Lage Deutschlands nicht entsprechen. Das sei auch bis zu einem gewissen Grade erfolgreich gewesen, denn der Devisenbedarf sei erheblich

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen äußerte sich Staatssekretär Trendelenburg über die Devisenzentrale. Er erklärte, eine Überwachung wie im Kriege ist heute ausgeschlossen, da wir mit tausend Fäden mit der Welt in Verbindung stehen müssen. Alle Teile der Wirtschaft haben jetzt ihre Devisenkäufe zu melden, und es besteht die Möglichkeit, einzuschreiten, wenn mißbräuchliche Käufe festgestellt werden. Eine Devisenzentrale würde nicht einmal in der Lage sein, auch nur den absolut legitimen Bedarf der deutschen Wirtschaft sicherzustellen. In Österreich beschäftigt die Zentrale 750 Personen, in Deutschland müßten es mindestens 2000 bis 3000 sein.

Die Wirkung der Note.

Billigung in London—Abweisung in Paris.

Der erste Eindruck des deutschen Memorandums in den hauptsächlichsten Ententestaaten läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß die Note in England sachlich gewürdigt und als eine geeignete Grundlage für Verhandlungen angesprochen, in Frankreich dagegen größtenteils abgelehnt und als ungenügend bezeichnet wird.

Das Memorandum wird in der englischen Presse übereinstimmend als ein bedeutender Fortschritt gegenüber allen früheren deutschen Vorschlägen betrachtet. Fast übereinstimmend wird die Hoffnung und der Wunsch ausgedrückt, daß die Alliierten eine gemeinsame Antwort absenden und zu einer Konferenz zusammentreten mögen. Die „Times“ führen aus, daß die Note zweifellos die Meinung der ganzen Welt einschließlich Frankreichs günstiger beeinflussen werde, als alle früheren deutschen Vorschläge. Sie stelle tatsächlich das Letzte der deutschen Regierung dar in dem Sinne, daß ihre glatte Ablehnung zur Aufgabe jedes weiteren derartigen Versuches führen und in Deutschland ein sozialpolitisches Chaos hervorbringen müßte. Die „Daily News“ sagt, wenn Frankreich auf seiner Brüsseler Forderung bestehe, dann sei jede Hoffnung auf eine gemeinsame Aktion der Alliierten geschwunden. Es sei kindisch, zu erwarten, daß eine deutsche Regierung den passiven Widerstand absagen könnte, ohne sich dadurch selber zu stürzen.

Umgekehrt lehnt in Paris die gesamte Regierungspresse auf Weisung vom Quai d'Orsay auch das neue deutsche Anerbieten glatt ab, und zwar verschiedentlich sogar in den gleichen Ausdrücken. „Das neue deutsche Anerbieten stellt mehr einen Rückschritt, als einen Fortschritt dar,“ sagt der „Petit Parisien“. Überall ist die Rede von der Notwendigkeit der Aufgabe des passiven Widerstandes, sonst „würde Deutschland nicht einmal die Ehre einer Bestätigung des Empfanges des Memorandums zuteil“. Ganz unmöglich sei die beabsichtigte Ersetzung der Reparationskommission durch internationale Sachverständige. Außerdem fehle in dem Memorandum eine Endsumme für das deutsche Angebot und das angesichts des geforderten Moratoriums von vier Jahren.

Die Meinung der römischen Presse ist noch geteilt, doch hebt man auch dort hervor, die Forderung nach Aufgabe des passiven Widerstandes könne Deutschland unmöglich erfüllen, weil der passive Widerstand die einzige Garantie für die nationale Würde Deutschlands sei. In Washington wurde erklärt, diese Note werde keinerlei Aktion der amerikanischen Regierung hervorrufen.

Parteien und Presse zur Note.

Bedenken der Deutschnationalen.

Die Reichstagsparteien sind mit der deutschen Ergänzungsnote im allgemeinen einverstanden, und nur bei den Deutschnationalen werden Bedenken geltend gemacht. Sie betrachten das Angebot der deutschen Garantien für die deutsche Wirtschaft als zu schwer belastend. Einer der Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärte, daß sich das Deutsche Reich mit diesen Garantievorschlägen der Entente gegenüber auf dieselbe Stufe stelle, wie seinerzeit die Türkei. Bei den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft betrachtet man das Garantieangebot als außerordentlich weitgehend, glaubt aber den Schwerpunkt der Note in ihrem vierten Abschnitt suchen zu dürfen, wo Deutschland mündliche Verhandlungen vorschlägt, da die Festlegung der Garantien in ihren Einzelheit erst durch eingehende mündliche Verhandlungen möglich sein wird. Von einem Führer der Sozialdemokraten wurde betont, daß die Verantwortung für die Note ganz dem Kabinett Cuno überlassen bleibe.

Ähnliche Anschauungen wie von den Parteivertretern werden in der Berliner Presse geäußert. Die Note wird dort im allgemeinen sachlich und ruhig gewürdigt. In den rechtsstehenden Blättern werden gewisse Bedenken gegen die Verletzung des Privateigentums laut. Im großen und ganzen wird die Note, wenn auch mit Einschränkungen, gebilligt.

Der Münchener Hochverratsprozeß.

Major Mayrs belastende Aussagen.

s. **München, 7. Juni.**

Im weiteren Verlauf seiner Aussage schilderte der frühere Major Mayr seine Zusammenkunft mit dem französischen Obersten Richert auf dem Gut der Brüder Gutermann in Rohmental. Diese Zusammenkunft fand etwa vier Wochen nach der Ruhrbesetzung statt, und es wurden hierbei die „politischen Grundlagen“ der geplanten Aktion besprochen. Mayr sah, wie Richert einen über 1000 Dollar lautenden Scheck ausstellte, um ihn Fuchs zu übergeben. Auf das Drängen Richerts, in die Aktion einzutreten, erklärte Mayr, man habe doch keine Waffen, was Richert bezweifelte, indem er erklärte, daß ja die vaterländischen Organisationen vorzüglich ausgestattet seien. Die Verhaftung Richerts, die Mayr durchführen wollte, scheiterte, wie der Zeuge erklärt, an dem Widerstand des Ministers Schweyer, der aus innerpolitischen Gründen die Verhaftung als noch nicht erwünscht bezeichnete. Auf die Frage, ob Richert sich von der Aktion für Frankreich eine Entlastung der Ruhraktion verspreche, wich dieser aus, indem er immer wieder zu baldigem Losschlagen drängte, da später Frankreich kein Interesse mehr an der Sache haben würde. Am Schluß der langen Vernehmung versuchte der Verteidiger des Angeklagten Fuchs die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen Mayr in Zweifel zu ziehen.

Weitere Zeugen.

Der Zeuge Dr. Tafel, früher Präsident des Bayerischen Ordnungsblocks, bezeichnete Machhaus als einen verworrenen und unzuverlässigen Kopf. Auf die Frage, ob er im Januar oder Februar 1923 in München etwas von Putschabsichten gehört habe, antwortete der Zeuge, daß in München seit drei Jahren jeden Monat Putschgerüchte herumschwirren. Der nächste Zeuge, Verlagsbuchhändler Dr. Decke, sagte aus, daß Machhaus immer auf den Ausbruch des Bolschewismus in Mitteldeutschland wartete und von unbekannten Einkünften lebte. Der Zeuge Brendel, früher zweiter Vorsitzender des Bundes „Blücher“, vermutete sofort, daß hinter der Verschwörung des Machhaus französische Gelder steckten, und hielt die Verbindung mit Machhaus nur aufrecht, um ihn auszukundschaften.

Die bayerische „Tscheka“.

s. **München, 8. Juni.**

Die Zeugenvernehmung im Hochverratsprozeß gestaltete sich gestern besonders interessant und dramatisch. Auf dem Zeugenstand erschien ein Schweizer namens Emil Hug, der einmal in Honduras Minister gewesen sein will und dann in Deutschland bei der Gründung des Blücher-Bundes beteiligt war. Gelegentlich der Gründung dieses Bundes lernte Hug Machhaus kennen, der damals angeblich von Deutschen stammendes Geld angeboten habe. Kurz darauf habe er (Hug) dem Machhaus ein Geldpaket tragen helfen. Bei Fuchs sei das Paket geöffnet worden, und er habe gesehen, daß es französische Frankennoten im damaligen Markwert von 17 bis 19 Millionen enthielt. Hug berichtete dann über eine Zusammenkunft im Hause des ehemaligen Heidelberger Universitätsdozenten Dr. Ruge, der jetzt in München lebt. Ruge habe nach dem Muster der berüchtigten russischen Tscheka, jener polizeilichen Geheimorganisation, die „im Staatsinteresse“ mit Mord und Totschlag operierte und, wie einst die heilige Feme, heimlich Todesurteile verhängte und vollstreckte, eine

Blutsbrüderschaft mit Bluteid

zur Überwachung der Kräfte inner- und außerhalb des Bundes und zur Beseitigung mißliebiger Personen gründen wollen. Als erster sollte der Reichstagsabgeordnete Dr. Heim in Regensburg erdolcht werden, worauf Ruge selbst Dietrich Eckhardt vergiften wollte, weil dieser Hitler immer wieder vom Losschlagen abhalte. Ruge, der unvereidigt blieb, erklärte erregt, daß Hugs Angaben erlogen seien. Hug selbst habe die bayerische Tscheka angeregt. Die vermeinten Gifttuben, die er Hug gezeigt habe, hätten nichts weiter enthalten als ein harmloses Mittel gegen Magendrücken. Man habe ihn, Ruge, wiederholt als irrsinnig hinzustellen gesucht, aber das alles sei jüdische Mache. Im übrigen sei Hug ein gemeiner Lügner und Schuft. Nachdem Hug diese Komplimente in derselben Form zurückgegeben hatte, wurde ein gewisser Aumüller vernommen, der eine Zeitlang Dr. Ruges Privatsekretär war. Er bestätigte Hugs Angaben über die geplante Gründung der Tscheka, worauf Ruge auch ihn als Lügner bezeichnete. Zeuge Stiglbauer teilte mit, der Angeklagte Fuchs habe die Aktion als erledigt bezeichnet und dem General Lossow die Führung der sämtlichen Verbände antragen wollen. Der Vorsitzende wies an Hand der Zeugenaussagen darauf hin, daß Fuchs geäußert habe, er habe mit Frankreich bereits Verhandlungen eingeleitet wegen Beschaffung von Wirtschaftsmitteln. Fuchs erklärt, daß er dies wohl gesagt habe, aber unter ganz anderen Bedingungen. Er habe nur eine vorübergehende Trennung Bayerns vom Reiche im Auge gehabt.

Es wurden dann noch einige weitere Zeugen vernommen, deren Aussagen zur Beurteilung der Persönlichkeit der Angeklagten dienen können, so der praktische Arzt Dr. Haase, ein Freund des Machhaus, der Nervenarzt Dr. Oskar Müller, Kaufmann Heinrich Decker und Kaufmann Hugo Führer, die sich vornehmlich über die Beziehungen des Angeklagten Munk zu dem durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Kühles ausließen. Der Zeuge Hofrat Pixis, Vorsitzender des bayerischen Ordnungsblockes, kannte Machhaus vom Felde her und schätzte ihn als interessante, etwas pathologische Persönlichkeit ein. Den von der Verteidigung scharf angegriffenen „Kronzeugen“ Major Mayr bezeichnete Hofrat Pixis als einen besonders intelligenten Mann, den er persönlich schätze. Mayr habe an der Sache sicher nicht aus anderen Gründen als aus den, sie aufzudecken und zu verhindern, Anteil genommen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 11. Juni 1923.

□ **Zur Wetterlage.** Die Hoffnung, daß endlich das unbeständige Wetter aufhören würde, hat sich bisher nicht erfüllt. Wenn es auch ein wenig besser geworden ist, so kommen doch immer wieder neue Regenfälle, die eine kräftige Erwärmung unmöglich machen. Die augenblickliche Luftdruckverteilung ist geradezu typisch für eine Schlechtwetterperiode. Das im Südwesten Europas liegende Hochdruckgebiet versucht wohl immer wieder seinen Einfluß über den ganzen Kontinent auszudehnen. Fortgesetzt neue Tiefdruckwirbel aus dem nördlichen Teil des Atlantischen Ozeans drängen jedoch das Hoch immer wieder zurück. Die Folge davon ist, daß nach einigen verhältnismäßig schönen Tagen immer wieder unfreundliches Wetter eintritt. Die Temperaturen sind allgemein erheblich hinter den Normalwerten zurückgeblieben. In Berlin betrug das Tagesmittel am 7. Juni 10,2 Grad Celsius gegenüber einem Normalwert von 17,7 Grad. Leider wird sich auch für die nächsten Tage noch nicht viel an dem unbeständigen Wetter ändern.

□ **Eine neue französische Invasion.** Die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft teilt mit, daß der Koloradokäfer von Frankreich her Deutschland bedrohe. Da der Käfer große Schädigungen auf Kartoffelfeldern anrichtet, erscheint es angezeigt, auf die Gefährlichkeit dieses Schädlings hinzuweisen. Der etwa ein Zentimeter lange Käfer ist am Kopf und Halsschild rotgelb gefärbt und mit schwarzen Flecken gezeichnet. Die wachsgelben Flügeldecken zeigen zehn schwarze Längsstreifen. Die rot gefärbten Larven des Käfers tragen an beiden Seiten des Körpers zwei Reihen schwarzer Flecke. Beide, Käfer sowie Larve, fressen Kartoffelkraut, leben aber auch auf Tomaten, Kohl und Johannisbeersträuchern. Sowie der Käfer auftritt, ist dem zuständigen Kleingartenamt oder der Ortspolizei Mitteilung zu machen, damit sofort Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

—* **Fahrpreis-Ermäßigung nur für Schüler.** Fahrpreisermäßigung wird zu Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken nur für Studierende akademischer Anstalten, für Schüler öffentlicher Schulen

Harte Menschen

Roman von **Alexander Römer.**

Nachdruck verboten

10)

„Ei! Daraus sie zu erlösen, ist wohl meine größte Pflicht.“

Er erhob sich, noch immer den bitter sarkastischen Zug in den Mienen, und drückte dem Vater die Hand.

„Laß gut sein, Papachen — du — na, wollen lieber nicht davon reden, gute Besserung, und mache dir weiter keine Gedanken. Ich muß mich durchringen. Es ist gerade kein erhebendes Gefühl, wenn die Kraft, die man so hoch eingeschätzt hat, nicht reichen will. Ihr habt mich mürbe gemacht — müde —“

Er wandte sich hastig ab und ging. Ein schwerer Seufzer des Vaters hallte ihm nach.

Erich trat bei der Mutter ein. Ilse war bei ihr, beide mit einer Handarbeit beschäftigt. Sie schienen sehr schweigsam nebeneinander gesessen zu haben.

Bei des Sohnes Eintritt sah die Geheimrätin nur flüchtig auf, und ließ ihn erst zum üblichen Handkuß herankommen. Dann zog sie ihn kopfschüttelnd, aber doch gnädig näher zu sich heran und küßte ihn auf die Wange.

„Endlich den Weg zu uns gefunden? Du hattest wohl schrecklich viel vor?“

„Ich war verreist, Mama, nach Horst, zu Websers.“

„So — ich sagte es schon zu Ilse, die jungen Leute jetzt, die kommen vor lauter Festen, Partien, Jagd- und Sportangelegenheiten gar nicht mehr zur Besinnung.“

Die Parole war gegeben, man ging ohne jede Erörterung zur Tagesordnung über. Auch über Ilses Erlebnis verlor die Mama kein Wort.

„Ich habe euch das Neueste noch gar nicht erzählt,“ begann Ilse nach einer mittlerweile beängstigend wirkenden Pause, „was ich freilich auch erst heute erfuhr. Lieschen, das kleine flotte Lieschen Pusecker, hat nun ihren lange schon um sie schmachtenden Anbeter erhört und sich mit dem jungen Eckhoff verlobt. Ich begegnete dem strahlenden Brautpaar, als sie zum Onkel Müller, dem ominösen, gingen, ihm ihre Aufwartung zu machen. Der Alte wird wohl kajoliert werden müssen, aus Gründen.“

Ihre Worte klangen ungemein harmlos und hatten doch eine gewaltige Wirkung.

Erich vermochte kaum seine Fassung zu behalten, er schnellte unwillkürlich auf seinem Stuhl empor, und alles Blut schoß ihm jäh ins Gesicht. Die Nachricht traf ihn zu unvorbereitet.

Seine Empfindungen dabei waren verworren. Scham, brennende Scham, stand eigentlich im Vordergrunde, der Mama Gesicht, das sich ihm voll zuwendete, war ausdrucksvoll genug.

Ihr war im ersten Augenblick vor Erstaunen der Mund offen stehen geblieben. Die Ilse war wirklich ein Racker, eine kleine Teufelin zu Zeiten.

Dann besann sich Frau Geheimrätin rasch, ihr fielen Berge vom Herzen, die Dinge machten sich ja vortrefflich, und ihr armer Junge — um ihre Lippen bildete sich wider ihr Wollen ein schadenfrohes Spottlächeln — diese Erfahrung war im Grunde heilsam — wie er sich schämte — es war aber auch zum Schämen. Wie ein Gimpel hatte er sich da einfangen lassen wollen — zu komisch.

Ein heiteres, sehr aufrichtig klingendes Lachen brach laut über Frau Geheimrats Lippen.

„Nein, dieses Lieschen,“ sagte sie nun ihrerseits in einem ganz harmlosen Ton, „also den jungen Eckhoff heiratet sie, Wuchermüllers Neffen, da kommt sie ja in eine nette Sippe. Seine Mutter wohnt ja wohl im Hause ihrer Eltern, da haben sie natürlich schon lange sich gekannt.“

Erich stand auf, der Zorn drohte ihn zu ersticken.

„Ich muß mich verabschieden,“ sagte er steif, „ich werde nächstens wieder nach dem Papa sehen.“

„Tue das, mein Junge, mit Papa steht es gottlob noch nicht schlimm, aber man sieht dich doch gern.“

Der mütterliche Ton war sehr zärtlich und warm. Erich hörte ihn kaum, er stürmte hinaus und auf die Straße. Daß er sich von Ilse gar nicht verabschiedet hatte, kam ihm nicht einmal zum Bewußtsein. Sollte Ilse wirklich den ganzen Zusammenhang ahnen? Unmöglich! Dann hatte sie mit Absicht ihm diese Nachricht so — in der Mutter Gegenwart — beigebracht, — und das war schlecht, das war boshaft von ihr. Hatte sie überhaupt die Wahrheit gesprochen? Ihr war schließlich alles zuzutrauen — aber aus der Luft greifen konnte sie solch eine Geschichte doch nicht, es mußte Tatsache sein. Lieschen! Und dieser Hans Eckhoff — welch eine Schmach!

Fünftes Kapitel.

Herr Müller, der übel Beleumundete, wohnte im ältesten Stadtviertel. Die kleine enge Gasse, welche zu seinem freier gelegenen Eckhause führte, hieß der Klostergang, es mochte im Mittelalter hier ein Kloster gestanden haben, jetzt war alles mit niedrigen, rauchgeschwärzten, altersgrauen Häusern eng zugebaut. Hierher drang der Lärm der Großstadt nicht, hier tummelten sich im tiefen, feuchten Schatten der schmalen Twiete zerlumpte Kinder; welke Greise, hagere Weiber standen vor den Türen, Trödler, Scherenschleifer, Lumpenhändler hatten hier ihre Werk- und Wohnstätten, und in den dumpfigen Kellern, welche hier noch existierten, fristeten Proletarierfamilien ihr elendes Dasein.

Die Hauptfront von Herrn Müllers Haus lag nach dem Kanonenwall, dem jetzt in die Mitte der Stadt gerückten, ehemals Befestigungszwecken dienenden Wall, an dem noch der Fluß entlang lief. Hier standen nur wenige größere Gebäude, das alte Zellengefängnis mit seinen schwärzlichen Mauern, und in weitem Zwischenraum daneben elegante moderne Bauten, Arbeitervereinshaus und Konzerthaus. Gegenüber, jenseits des Flusses, noch wieder uralte Giebelhäuser mit kleinen niedrigen Fenstern, geflickt und ausgebessert in modernem Stil, eine bizarre malerische Fassade bildend.

Herr Müller war nicht zu bewegen gewesen, seinen Winkel zu verlassen und in einen freundlicheren und vornehmeren Stadtteil zu ziehen. Alle Anstrengungen, welche sein Neffe, Hans Eckhoff, dem eine Rehabilitierung des Onkels sehr am Herzen lag, und der der Meinung war, ein Wohnungswechsel könne das bewirken, in dieser Richtung gemacht hatte, waren vergeblich gewesen.

Herr Müller sah übrigens gar nicht abschreckend, sondern ungemein wohlwollend aus. Er war klein und sehr korpulent. Ein rundes, bartloses Vollmondsgesicht mit silbergrauen Löckchen um die breite Stirn, im übrigen Glatze. An den fleischigen Händen trug er einige Ringe, — keinen Trauring, verheiratet war er nie gewesen, aber einen blitzenden Solitär, der seinen Kunden sofort in die Augen fiel.

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

= **Die klugen Organisten von Malsch.** Die Organisten in Malsch bei Karlsruhe wollen fortan ihre Honorare in Naturalien beziehen. Sie verlangen für ein Amt mit Organist und Sängerinnen ein Pfund Butter oder zwölf Eier oder sieben Liter Milch oder neun Pfund Weizen oder neun Pakete Streichhölzer oder ein Pfund Fleisch oder, falls mit Papiergeld bezahlt werden sollte, den jeweiligen Preis eines dieser Erzeugnisse. Eine Schülersingmesse kostet die Hälfte. Ein Hochzeitamt kostet die volle Friedensgebühr oder den Papiergeldwert von zwei Pfund Fleisch. Ein Amt aus Amerika kostet einen halben Dollar, aus der Schweiz zwei Franken.

= **Herzzerreißender Hilferuf.** In einer dänischen Zeitung stand dieser Tage folgendes Wohnungsgesuch: „Bei der Schwiegermutter zu wohnen ist schlimm! Verschafft mir und meiner Frau eine Wohnung von zwei bis drei Zimmern! Gehe auf jede Bedingung ein! Angebote unter . . ." Armer, armer Mann, was mußt du gelitten haben, ehe du dich zu dieser Flucht in die Öffentlichkeit entschlossest!

= **Die Einstein-Theorie als Entlastungsbeweis.** Vor einem Londoner Polizeigericht stand kürzlich ein Chauffeur unter der Anschuldigung, die vorgeschriebene Beleuchtung des Nummerschildes an seinem Wagen unterlassen zu haben. Der Angeklagte wies in seiner Verteidigung darauf hin, daß ihm die Einsteinsche Theorie der Lichtablenkung als mildernder Umstand angerechnet werden müsse. Das Nummerschild befand sich, wie er ausführte, ebenso wie die Lampe an gehöriger Stelle; aber eine von außen wirkende Macht habe die Lichtstrahlen aus ihrer Richtung abgelenkt, so daß sie statt des Schildes das Straßenpflaster beleuchtet hätten. Der Richter ließ sich jedoch von der Beweiskraft der Relativitätstheorie in diesem Falle nicht überzeugen und nahm den Mann in eine Geldstrafe.

= **„Tu, felix Austria, nube!"** Man kennt — zum mindesten aus dem Büchmann — den berühmten Hexameter: „Bella gerant alii! tu, felix Austria, nube!" (Krieg führen mögen die andern! Du, glückliches Österreich, heirate!) Dieser oft angeführte, auf die einträglichen Heiraten des vormaligen österreichischen Herrscherhauses bezügliche Vers, dessen Verfasser nicht bekannt ist, trifft für Wien noch heute zu. Es wird dort nämlich, wie sich aus der Ehestatistik des letzten Jahres ergibt, so viel geheiratet wie noch nie zuvor. Nicht weniger als 32 000 Eheschließungen weist das Jahr 1922 in der „Weanerstadt" auf, während vergleichsweise im letzten Vorkriegsjahr die Zahl der Eheschließungen dort nur rund 18 000 betrug. Mit welchem löblichen Eifer die Wiener heiraten, ergibt sich daraus, daß auch die Zahl der Nur-Ziviltrauungen, die vor dem Kriege verschwindend klein war, ganz bedeutend zugenommen hat. Man will eben selig werden, ganz gleich, nach welcher Fasson! Wir aber sind die unglücklichen „andern", die noch immer Krieg führen . . .

= **Wer kauft benutzte Zinksärge und Leichenschuhe?** Es wird immer klarer, daß wir uns dem Jüngsten Gericht nähern. Die Gräber der Toten öffnen sich, und der irdische Tand, den sie noch enthalten, wird von den Lebenden noch rasch an den Meistbietenden verkauft, solange die Konjunktur günstig ist. Im Jenseits wird man ja ohnehin nichts von all dem Plunder brauchen können. In Gröbzig in Anhalt, also mitten im Herzen Deutschlands, hat die große Gant begonnen. Die dort lebende Rentnerin Anna Naumann, Schwägerin eines bekannten Heidelberger Universitätsprofessors, hat mit Genehmigung der Kreisdirektion die Zinksärge aus der Familiengruft zum Verkauf gestellt, nachdem sie die Leichen, die natürlich nicht protestieren konnten, in Holzsärge umgebettet hatte. Man nahm den Toten auch die Wertgegenstände ab und zog ihnen sogar die Schuhe aus, um auch diese zu verkaufen. denn Schuhe sind bei dem derzeitigen Dollarstand ein guter Handelsartikel. Frau Naumann ließ öffentlich erklären, daß sie den merkwürdigen Ausverkauf nicht aus Not arrangiert habe, sondern einzig und allein darum, damit die Zinksärge und die andern Objekte nicht Einbrechern in die Hände fielen. Aber ein bißchen „genierlich" bleibt die Sache trotzdem — für uns andere nämlich, die wir so was miterleben müssen.

= **Der Ursprung des Wortes „Putsch".** Will man wissen, woher das jetzt wieder sehr aktuell gewordene Wörtlein „Putsch" stammt, so lese man nach in dem vierten Band von Gottfried Kellers berühmtem Roman „Der grüne Heinrich", allwo geschrieben steht: „Das Wort Putsch stammt aus der guten Stadt Zürich, wo man einen plötzlichen vorübergehenden Regenguß einen Putsch nennt, und demgemäß die eifersüchtigen Nachbarstädte jede närrische Gemütsbewegung, Begeisterung, Zornigkeit, Laune oder Mode der Züricher einen Zürichputsch nennen. Da nun die Züricher die ersten waren, die geputscht, so blieb der Name für alle jene Bewegungen und bürgerte sich sogar in die weitere Sprache ein, wie Sonderbündelei, Freischärler und andere Ausdrücke, die alle aus dem politischen Laboratorium der Schweiz herrühren."

Berlin, 9. Juni. An der heutigen Frühbörse notierte der Dollar 84 400.

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat Juni 5000.— Mk. ohne Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Bezieher und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

ARTHUR ALEXANDER, EISEN-GROSSHANDLUNG
HAGEN i. WESTF., KONKORDIASTRASSE 22
Telegramm-Adresse: Walzeisen :: Fernsprecher: 357 und 358.
HALBZEUG :: STABEISEN :: BLECHE ALLER ART
581
Lager mit Bahnanschluß am Bahnhof Haspe-Heubing.

Bekanntmachung.

Der Provinzialausschuß hat beschlossen, zur Deckung des durch die neuen Rentenzulagen bedingten Mehrbedarfs sofort eine außerordentliche Beitragsumlage in Höhe von 73 260 v. H. der staatlich veranlagten Grundsteuer auszuschreiben. An Beiträgen sind zu entrichten für einen Betrieb bei einer Grundsteuer

bis 0,50 Mk	einschl.	mindestens	600 Mk
von 0,51 Mk	„ 1,00 Mk	„	1000 Mk
„ 1,01 Mk	„ 2,00 Mk	„	2000 Mk
„ 2,01 Mk	„ 4,00 Mk	„	3000 Mk
„ 4,01 Mk	„ und mehr	„	4000 Mk

Die Beiträge sind sofort bei der Gemeindehebestelle einzuzahlen, auch wenn dem Zahlungspflichtigen eine besondere Aufforderung nicht zugehen sollte. Zahlungspflichtig für die Beiträge ist der Grundstückseigentümer, der berechtigt ist, sich die Beiträge vom Pächter erstatten zu lassen.

Die Heberollen der Gemeinden Kierspe und Rönsahl liegen von morgen ab 2 Wochen lang zur Einsicht der Beteiligten im Amtshaus Zimmer 2 bezw bei dem Herrn Gemeindevorsteher Müller-Bürhausen aus. Binnen 2 Wochen nach Ablauf der Auslegefrist kann gegen die Beitragsberechnung beim Genossenschaftsvorstande in Münster, Warendorferstr. Nr. 25, Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch entbindet nicht von der Pflicht zur vorläufigen Zahlung des Genossenschaftsbeitrages. Der Zahlzettel ist dem Widerspruche beizufügen.

Kierspe / Rönsahl, den 6. Juni 1923.

Der Amtmann: J. V.: Baukhage.

59 Wollberg
Herren- und Burschen-Konfektion
681
Neueste u. solideste Machart
Manufakturwaren.
Teilzahlung gestattet.
59 HAGEN i. W. 59
Altenhagenerstraße

Die Landwirte
d. Gemeinde Kierspe
werden gebeten, die für die Ruhrspende gezeichneten Kartoffeln sowie Getreide am Montag, spätestens am Dienstag den 12 cr an die Bäuerl. Bezugs- und Absatz-Genossenschaft Kierspe-Bahnhof (direkt Waggon) abzuliefern.
Landwirtschaftlicher Verein Kierspe.

Motorräder
Cito K.-G., 4 PS.
Uebernehmen Reparaturen jeder Art von Motorrädern aller Fabrikate.
Ausführung durch Spezialisten, daher fachgemäß und unter Garantie.
Gebr. Löwen, Hagen.
Telephon 4226.

Suche für meinen Haushalt in Lüdenscheid, 2 Personen, zum 1. Juli
kräftiges, zuverlässiges
Mädchen
bei hohem Lohn u. guter Verpflegung
Frau Emil Müller,
Lüdenscheid
— Schlittenbach. —

Für Wiederverkäufer
beste und billigste Einkaufsquelle
BOVENTI
Fernruf 3679 — Fernruf 3679
Hagen i. W., Obere Wasserstr. 1, am Unterberg
Achtung! Zigarren Billig!
Anerkannt preiswerte Qualitäten!
Sonder-Angebot in 583
Zigaretten erster Firmen
Ia. Nordhäuser-Kautabak
Eigenes Steuerlager. Lagerbesuch lohnt.

Schnurgelschaber
für jeden Verwendungszweck
Abdreh- und Schärfapparate
Gerner u. Co. Hagen
Elberfelderstr. 80 G.m.b.H. Fernruf: 3580
1870

Ein Waggon
Pferdemischfutter
eingetroffen.
Gebr. Haase, Halver.
Kronprinzenstraße 26.
Telefon 291.

Wenn Sie billig
und doch gut
Oberbetten
kaufen wollen,
so gehen Sie zum 731
größten und billigsten Spezial-Bettengeschäft
Bettenhaus Kaiser
Hagen i. W. Kampstr. 4.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
Nadelholzbestände
aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen.
Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.
209 Fernruf 1897 und 3965

Alte Bleirohre
u. sonstige Altmetalle
kauft ständig 700
Friedr. Ernst Häusler,
Kierspe-Bhf.
Telefon 341, Meinerzhagen

Ankauf von Fabrik-Abfällen in:
Eisen u. Metallen
aller Art,
Lumpen, Knochen,
Papier u. Flaschen
Gustav Bierwas,
Eisen- und Metallhandlung,
Zentrale Radevormwald, Telefon 83.
Filiale:
Halver, Berlinerstrasse 7
(bei Eugen Wellershaus).

Anzüge, Hosen, Schlüpfer, Couvercoats, Gummi-Mäntel
573 in aparten Farben und Formen
auf Teilzahlung im
Bekleidungshaus Westfalia
Hagen, Elbersufer, Ecke Heidenstraße.

Habe stets auf Lager:
Große Auswahl in:
Herren-Anzüge
„ Hosen
„ Paletots
„ Schlüpfer
„ Lodenjoppen
usw.
Damen-Kleider
in Wolle u. Voal
Damen-Mäntel
Kostüm-Röcke
Woll- und Seiden-Jumper, Stoff-Blusen
usw.
Paul Schulte,
Herren- und Damen-Konfektion,
Halver i. W., Obernherweg Nr. 1.

Bürsten-Waren
Kleiderbürsten
Hutbürsten
Reisebürsten
Haarbürsten
Nagelbürsten
Wichsbürsten
Waschbürsten
Abseifbürsten
Handfeger
Haarbesen
Straßenbesen
empfiehlt
Wilh. Bell jr.
Halver.